



Wirtschaftspolitische Informationen

Brexit – eine Illusion von Freiheit Rückblick und Ausblick

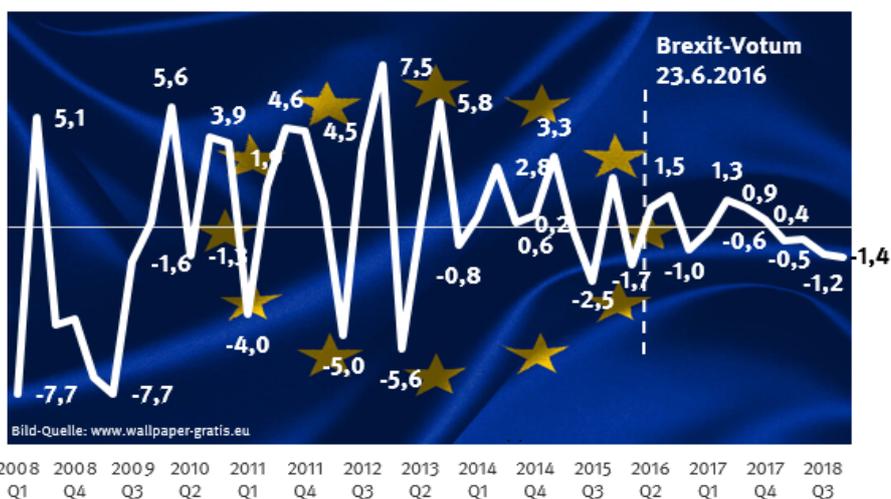
Das Brexit-Drama geht in die Verlängerung. An den Problemen ändert das nichts. Ein harter Brexit ohne Vereinbarung ist damit noch nicht sicher verhindert, neue Mehrheiten im britischen Parlament sind damit nicht ausgemacht. Aber selbst, wenn es doch noch zur Annahme der Vereinbarung mit der Europäischen Union (EU) kommt, bleibt die Verunsicherung groß. Der Vertrag regelt vor allem eine Übergangsfrist für Verhandlungen. Schon heute leiden die Investitionen massiv an der unklaren Perspektive.

Verschiedene Studien zeigen die drohenden Folgen des Brexit auf: Nicht nur dem Vereinigten Königreich (VK) drohen erhebliche Verluste an Produktion und Beschäftigung. Auch das europäische Festland ist betroffen. Die über Jahrzehnte gewachsenen Handels- und Wertschöpfungsverflechtungen lassen sich nicht von heute auf morgen ohne größere Verwerfungen zerschneiden. In Deutschland wäre vor allem der Fahrzeugbau betroffen. Die konkreten Zahlen weichen je nach Studie aber stark voneinander ab.

Auf der anderen Seite gewinnt das Vereinigte Königreich keine Souveränität. Den Zwängen einer globalisierten Welt hat ein einzelner Nationalstaat wenig entgegen zu setzen. Selbstbestimmtes Handeln ist in einer Welt offener und nur wenig regulierter Finanz- und Gütermärkte kaum noch möglich.

Bruttoinvestitionen der Unternehmen im Vereinigten Königreich

Veränderung zum Vorquartal (saisonbereinigt), in Prozent



Quelle: Office for National Statistics, UK

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Kurz & bündig

Die EU und das Vereinigte Königreich

Das Verhältnis zwischen der EU und dem VK war schon immer schwierig. Bereits 1975 gab es ein erstes ‚Brexit-Referendum‘. In vielen Fällen gelten für das VK Sonderregelungen. Das gilt auch für den Mitgliedsbeitrag.

Neben Demografie und Bildung bestimmte vor allem die Wirtschaftsstruktur das Abstimmungsverhalten im Referendum. Es besteht ein **direkter Zusammenhang zwischen Kürzungen von Sozialausgaben und dem Brexit-Votum.**

Was bedeutet der Brexit?

Lange vor dem Beitritt zur EU sank das Wohlstandsniveau im VK im Vergleich zu anderen europäischen Industrieländern. Danach konnte das Niveau mehr oder weniger gehalten werden.

Deutschland pflegt intensive Handelsbeziehungen mit den britischen Inseln. Bei den deutschen Ausfuhren steht es auf dem vierten Platz. Deutschland erwirtschaftete 2018 einen enormen Außenhandelsüberschuss von 45 Mrd. Euro gegenüber dem VK.

Tendenz aller Brexit-Studien: Für die erhoffte politische und juristische Unabhängigkeit von der EU wird **das VK einen hohen ökonomischen Preis bezahlen.** Eine weiterhin enge Bindung an die EU würde den Schaden begrenzen und eine sichere Perspektive geben.

Autoren:

Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt



1. Großbritanniens schwieriges Verhältnis zur EU

1.1 Auf dem Weg nach Europa

Das Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Großbritannien war immer schwierig. Auch wenn der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill als Reaktion auf die Katastrophe des zweiten Weltkrieges 1946 in einer Rede zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa aufrief, sah er Großbritannien nicht als Teil einer solchen Vereinigung. Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Atomgemeinschaft 1957, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheiterte 1954) war Großbritannien dann konsequenterweise nicht dabei. Stattdessen wird 1960 als Alternative die Europäische Freihandelszone (EFTA) ins Leben gerufen. Das britische Interesse an möglichst ungehindertem Handelsaustausch ist groß, allerdings auch das Bedürfnis nach uneingeschränkter staatlicher Souveränität.

„Es gibt ein Heilmittel, das ... innerhalb weniger Jahre ganz Europa ... so frei und glücklich machen würde, wie es die Schweiz heute ist. Dieses Mittel besteht in der Erneuerung der europäischen Familie oder doch eines möglichst großen Teils davon. Wir müssen ihr eine Ordnung geben, unter der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann. Wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa einrichten.“

Winston Churchill
19.09.1946

Doch schnell wendete sich die politische Ausrichtung auf der britischen Insel. Schon **1961 stellte das Vereinigte Königreich unter dem konservativen Premierminister Harold MacMillan von den Tories den ersten Aufnahmeantrag** für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. In der öffentlichen Meinung war das sehr umstritten, die Labour Party agierte gegen die Mitgliedschaft. **Der Antrag scheiterte am Veto von Frankreich, Präsident Charles de Gaulles war strikt gegen die Erweiterung der EWG.**

Unter umgedrehten politischen Vorzeichen wiederholte sich der Vorgang schon 1967. Diesmal war es der Labour-Premier Harold Wilson, der das Beitrittsgesuch verantwortete. Allerdings konnte er auf einen großen Rückhalt im Vereinigten Königreich setzen. Die britische Industrie erlebte einen Niedergang, die Wachstumsraten waren vergleichsweise schwach. Von 1960 bis 1970 betrug das durchschnittliche, reale jährliche Wirtschaftswachstum 3,4 Prozent, in Deutschland waren es im gleichen Zeitraum 4,4 Prozent. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre betrug es im Vereinigten Königreich nur noch 2,3 Prozent. „Mehr als zwanzig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges waren britische Politik und Gesellschaft gleichermaßen davon überzeugt, dass die Modernisierung Großbritanniens und ein dynamischeres Wirtschaftswachstum nur durch

eine stärkere Einbindung in das Wirtschaftsgefüge Europas realisierbar seien“ (Lehmkuhl 2016, S. 5). **Doch auch diesmal scheiterte der Vorstoß am Widerstand de Gaulles.**

Nach dem Rücktritt de Gaulles 1969 wurden die Beitrittsverhandlungen wieder aufgenommen. Auch Frankreich befürwortete jetzt die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Zum ersten Januar 1973 trat das Vereinigte Königreich – jetzt mit dem konservativen Premier Edward Heath – zusammen mit Dänemark und Irland den Europäischen Gemeinschaften bei. Innenpolitisch war der Beitritt inzwischen wieder umstritten. Die oppositionelle Labour-Party votierte gegen die Mitgliedschaft. In der Wirtschaftskrise 1974 kam es wieder zum Regierungswechsel, Wilson wurde erneut Premier-Minister. Er war mit der Forderung in den Wahlkampf gezogen, die Vertragsbedingungen neu zu verhandeln und dann das britische Volk über den Verbleib in den Europäischen Gemeinschaften zu befragen. **So kam es zum ersten Referendum 1975. Das Ergebnis war überraschend eindeutig: 67,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmten für den Verbleib des Vereinigten Königreiches in den Europäische Gemeinschaften.**

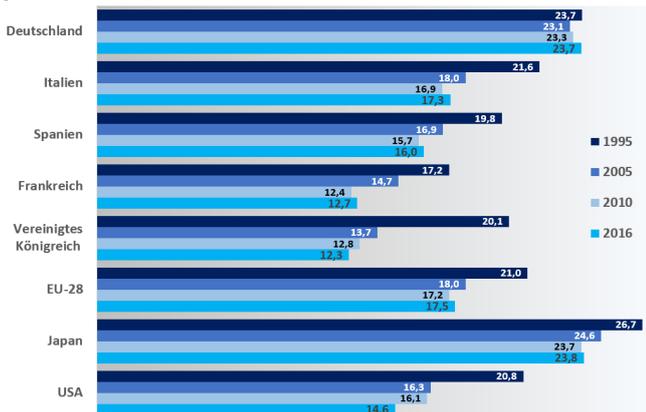
Damit war die Frage der Mitgliedschaft zwar für viele Jahre geklärt, doch die Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU blieben immer schwierig. **Kein anderer Staat innerhalb der Gemeinschaft hat so viele Sonderregelungen vereinbart wie Großbritannien.** Ein ewiger Streitpunkt waren die Subventionen für die Landwirtschaft, die den größten Teil des europäischen Haushaltes ausmachten und von denen das Vereinigte Königreich wegen der Struktur seiner Agrarwirtschaft nur wenig profitiert. 1984 handelte Margaret Thatcher einen Rabatt auf die britischen Mitgliedsbeiträge aus. London bekommt bis heute 66 Prozent seines Nettobeitrags erlassen. Jährlich macht das eine Summe zwischen drei und fünf Milliarden Euro aus. Im Zeitraum von 1985 bis 2014 summierte sich der Vorteil auf 111 Milliarden Euro (Euractiv). Der Vertrag von Maastricht, mit dem Anfang 1993 der gemeinsame Binnenmarkt verwirklicht wurde und mit dem aus den Europäischen Gemeinschaften die Europäische Union (EU) wurde, fand eine Mehrheit im britischen Parlament. Doch das Vereinigte Königreich verhinderte, dass ein Sozialabkommen Teil des Vertrages wurde, sondern stattdessen in ein Zusatzprotokoll verbannt wurde. Darin wurden die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, ein angemessener sozialer Schutz, der soziale Dialog und die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials als Ziele der Gemeinschaft definiert. Konsequenterweise wurde dieses Sozialprotokoll von Großbritannien (als einzigem Staat) nicht unterzeichnet.

Auch den Weg in den gemeinsamen Währungsraum gingen die Engländer nicht mit. In der Wirtschaftskrise 1992 wurde das britische Pfund durch Spekulationsattacken aus dem Europäischen Währungssystem gedrängt. Den weiteren Verlauf der Wirtschafts- und Währungsunion bis zur Einführung des Euro gingen die Briten nicht mehr mit. Am Schengen-Prozess, der ab



1995 mit dem Abkommen Schengen II zum Wegfall der Grenzkontrollen in Europa führte, beteiligte sich das Vereinigte Königreich von Anfang an nicht. Ab dem Lissabon-Vertrag (Unterzeichnet 2007, in Kraft getreten 2009) kann sich das Vereinigte Königreich in der Innen- und Justizpolitik bei jedem Gesetzesvorhaben entscheiden, ob es sich daran beteiligt. **Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union beispielsweise ist im Vereinigten Königreich und in Polen nicht rechtsverbindlich** (Protokoll Nr. 30 zum Vertrag von Lissabon).

Anteil der industriellen Wertschöpfung am BIP in Prozent
Vergleich der Quoten verschiedener Länder im Zeitverlauf



Quelle: Ameco (Datenbank EU-Kommission), Stand: November 2018

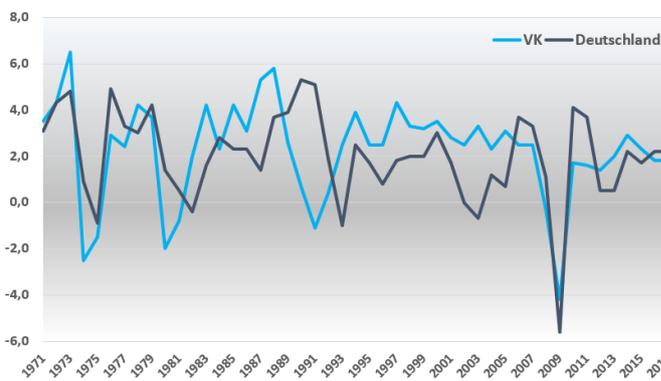
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Das Verhältnis von Großbritannien zur EU hing immer auch von der ökonomischen und sozialen Situation im Lande ab. Die große Zustimmung im ersten Referendum fiel in eine Zeit schwieriger wirtschaftlicher Entwicklung. Man erhoffte sich Vorteile durch die engere Anbindung an Europa. Danach gab es große politische Umbrüche im Vereinigten Königreich. **Mit der Wahl der konservativen Margaret Thatcher zur Premierministerin wurde eine neoliberale Wende eingeleitet.** Die De-Industrialisierung wurde eher vorangetrieben als gebremst, gefördert wurden vor allem die Finanzdienstleistungen, die zu einem wichtigen Wirtschaftszweig wurden. Mit konsequenter De-Regulierung wurde die City of London zum wichtigsten europäischen Finanzzentrum entwickelt. **Der Anteil der industriellen Wertschöpfung ging dagegen dramatisch zurück.** Während er sich in vielen Industrieländern nach der Krise 2008/09 stabilisierte, schrumpfte er im Vereinigten Königreich weiter. Eine Konsequenz dieser Entwicklung war, dass ähnlich wie in den USA der Saldo der Handelsbilanz immer mehr in den negativen Bereich rutschte.

Das beeinflusste zunächst nicht den wirtschaftlichen Erfolg der Briten. Seit dem Beitritt zur EU gab es zwei Phasen, in der das Wirtschaftswachstum höher war als in Deutschland: die achtziger und die neunziger Jahre. Während die achtziger Jahre durchaus für einen kurzfristigen Erfolg der neoliberalen Reform stehen, beruhten die Erfolge der neunziger eher auf dem Gegenteil. Neben positiven Effekten der Abwertung des britischen Pfundes führte — entgegen der reinen konservativen

Lehre — eine stark expansiv ausgerichtete Fiskalpolitik zu den Wachstumseffekten.

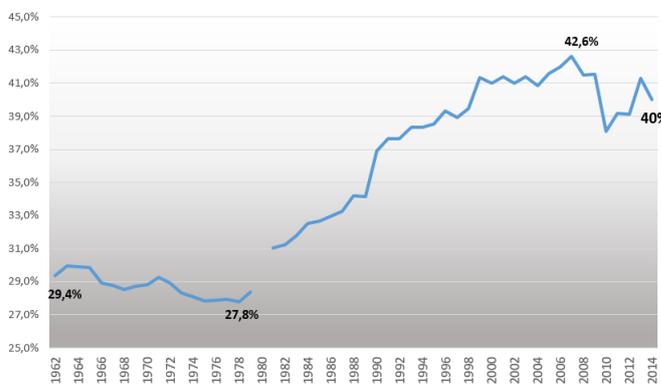
Wirtschaftswachstum Deutschland und VK
Veränderung BIP real in Prozent zum Vorjahr



Quelle: Office for National Statistics of the UK, Statistisches Bundesamt
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Nicht nur die wirtschaftliche Struktur änderte sich dramatisch. **Die einst mächtigen Gewerkschaften verloren durch die De-Industrialisierung erheblich an Durchsetzungsmacht, gesetzliche Beschränkungen erschwerten ihre Arbeit weiter.** Sozialleistungen wurden kräftig gekürzt, Steuern für Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen gesenkt. Der staatliche Sektor wurde zurückgefahren, viele Bereiche privatisiert. Das schlug sich in der Einkommensverteilung nieder. Schon ab Anfang der 80er Jahre stieg der Anteil der höchsten Einkommen an allen Einkommen. Ab der zweiten Hälfte der achtziger Jahre verschärfte sich die Entwicklung, weil nicht nur die Primärverteilung (Markteinkommen) ungleicher wurde, sondern Steuern und Transferleistungen immer weniger zur Korrektur des Marktversagens eingesetzt wurden. Das schlug sich in der Sekundärverteilung nieder. „Nach 1984 verläuft die Entwicklung in Großbritannien ganz anders. Die **Ungleichheit der Markteinkommen erhöhte sich** weiter, aber der Beitrag von Steuern und Transferleistungen bewegte sich in die entgegengesetzte Richtung und bewirkte, dass die Ungleichheit der Nachsteuerinkommen steil anstieg“ (Anthony Atkinson, 2016, S. 89).

Anteil der 10 Prozent höchsten Einkommen in UK
in Prozent an allen Einkommen, jeweils bezogen auf das versteuerte Einkommen



Quelle: World inequality database

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik



Nach der Jahrtausendwende gab es unter New-Labour-Regierungen zwar leichte Korrekturen und der Trend zur immer ungleicheren Verteilung wurde gestoppt. Die Einkommensverteilung verbesserte sich aber nicht wirklich. Nur in der Krise 2008 verloren hohe Einkommen kurzzeitig kräftig, weil in deren Einkommen Kapitalerträge eine größere Rolle spielen.

1.2 ... und wieder zurück

Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise gewannen in vielen Ländern nationalistische, rechtsradikale und rechtspopulistische Kräfte an Gewicht. Während die soziale Spaltung der Gesellschaft anhielt, investierten die Staaten große Summen zur Rettung der Finanzmärkte. In den Augen der Verteilungsverlierer entbehrte diese Politik jeder Berechtigung. In Großbritannien gewann die United Kingdom Independence Party (UKIP) an politischer Bedeutung. Ihr zentrales Thema war die Migration, ihre zentrale Forderung der Austritt aus der EU. Im Januar 2013 reagierte Premier David Cameron von den Tories darauf und kündigte an, neue Sonderkonditionen mit der EU auszuhandeln und über den Verbleib in der EU ein zweites Referendum abzuhalten. 2014 wurde die UKIP bei der Europawahl mit 27,5 Prozent stärkste politische Kraft im Vereinigten Königreich. 2015 gewannen die Konservativen die Wahl in Großbritannien. Die UKIP holte mit 12,6 Prozent viele Stimmen, stellte durch das britische Wahlsystem aber nur einen von 650 Sitzen im Unterhaus. Cameron vereinbarte mit der EU, sich an weiteren politischen Integrationsschritten nicht beteiligen zu müssen. Für den 23. Juni 2016 wurde ein Referendum über den Verbleib in der EU angesetzt.

Im Gegensatz zum ersten Referendum stimmte 2016 insgesamt eine knappe Mehrheit von 51,9 Prozent der Wähler für den Austritt — bei einer Wahlbeteiligung von 72,2 Prozent. Dabei blieb völlig unklar, wie der Austritt geregelt sein sollte. Regional waren die Ergebnisse sehr unterschiedlich. In Schottland, Nordirland und in London gab es eine Mehrheit für den Verbleib in der Gemeinschaft. Aber auch sehr kleinräumig gab es große Unterschiede im Wahlverhalten. Im Londoner Stadtteil Greenwich streuen die Ergebnisse in den einzelnen Bezirken zwischen 25 und 55 Prozent für den Brexit. Ein wichtiges Merkmal für das Abstimmungsverhalten war das Alter. **Bei den jüngeren votierten große Mehrheiten für den Verbleib, bei den älteren war es umgekehrt.** 73 Prozent der 18–24-jährigen stimmten für den Verbleib in der EU, 60 Prozent der 65-jährigen und älteren waren für den Austritt. Jenseits der 45 stellten die Brexit-Befürworter die Mehrheit. Ein anderes Merkmal war der Bildungsgrad. **Je höher die Bildung bzw. die Qualifikation, desto mehr waren für den Verbleib in der EU.** 66 Prozent der Abstimmenden mit mittlerer Reife waren für den Austritt aus der Union. Auf der anderen Seite votierten 71 Prozent mit einem Hochschulabschluss für den Verbleib in der EU. Völlig klar war die Parteienpräferenz beim Referendum. 95 Prozent der Anhänger der rechtsradikalen UKIP wollten den Brexit. Ein Er-

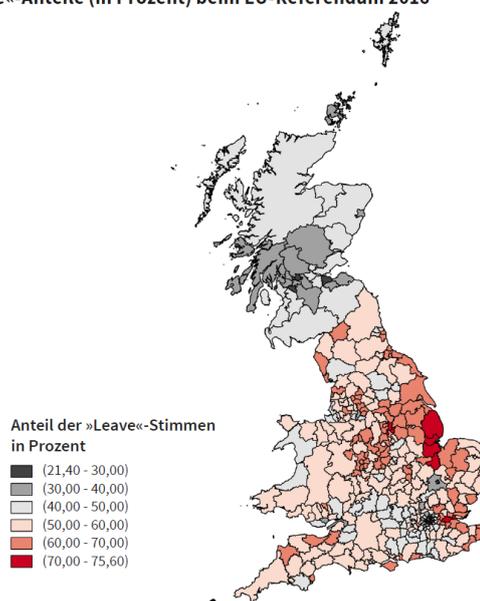
gebnis, das nicht verwundert. Schließlich ist der Brexit eine zentrale politische Forderung der UKIP.

„Es ist klar, dass eine Mehrheit der Politiker und der Medien von dem Ergebnis des Referendums überrascht wurden. Dies deutet darauf hin, dass die Bedürfnisse von unterprivilegierten Gebieten des Landes im politischen Entscheidungsprozess und in den Medien unterrepräsentiert waren.“

Becker/Fetzer/Novy 2018

Nach einer ausführlichen Analyse des Brexit-Referendums von Becker/Fetzer/Novy (2017, 2018) sind neben Demografie und Bildung vor allem die Wirtschaftsstruktur erklärend für das Abstimmungsverhalten. Dabei spielen Beschäftigtenanteile in der Industrie sowie die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Lohnhöhe in den letzten Jahren eine wichtige Rolle. Verstärkt wurden diese Effekte durch die Kürzungsmaßnahmen der britischen Regierung. Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Kürzungen (vor allem von Sozialausgaben) infolge der Krise 2008/09 und dem Abstimmungsverhalten.

»Leave«-Anteile (in Prozent) beim EU-Referendum 2016



Quelle: Becker, Fetzer und Novy (2017).

Insgesamt zeigen die Forschungen, dass Benachteiligungsmerkmale zu höheren Stimmergebnissen für den Brexit geführt haben. „... wir gehen davon aus, dass der Zusammenhang zwischen den Sparmaßnahmen und dem ‚Leave‘-Anteil de facto von der Unzufriedenheit mit dem zugrunde liegenden niedrigen Lebensstandard getrieben wird“ (Becker/Fetzer/Novy 2018, S 44). Die Ergebnisse wurden auch auf Frankreich



übertragen und zeigen dort, dass sehr ähnliche Merkmale, die das Brexit-Votum erklären, auch für die Wahlerfolge von Le Pen bestimmend sind.

Das so nicht erwartete Ergebnis des Referendums löste ein politisches Beben aus. Cameron trat zurück und Theresa May wurde neue Premierministerin. Nach einigem Zögern leitete sie im März 2017 mit dem Austrittsgesuch des Vereinigten Königreichs das offizielle Austrittsverfahren nach Artikel 50 EUV ein. Danach verlässt der Staat Ende März 2019 die EU. Zuhilfenahme kamen die Austrittsverhandlungen in Gang. Aber im Herbst 2018 wurde ein Austrittsvertrag von der britischen Regierung und der EU-Kommission unterzeichnet, der allerdings bisher keine Mehrheit im britischen Parlament fand. Stark erschwert wird die Mehrheitsbildung durch die weiter gespaltene britische Gesellschaft. Aktuelle Umfragen zeigen ein ähnliches Muster wie das Abstimmungsverhalten während des Referendums.

Drei typisierte Befragte in aktuellen Umfragen

... **für den Verbleib** stimmte mit hoher Wahrscheinlichkeit eine 25-jährige Frau mit Hochschulabschluss und einem Haushaltseinkommen über 50 Tausend Pfund pro Jahr. Sie ist politisch interessiert und stimmte in den Jahren 2015 und 2017 für Labour.

... **für den ausgehandelten Brexit-Deal** stimmte sehr wahrscheinlich eine 75-jährige Frau mit mittlerem Schulabschluss und einem Haushaltseinkommen über 50 Tausend Pfund pro Jahr. Sie ist kaum an Politik interessiert und wählte in 2015 und 2017 die Tories.

... **für den harten Brexit** stimmte ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit ein 55-jähriger Mann, der mit 16 Jahren die Schule verlassen hat und ein Haushaltseinkommen unter 20 Tausend Pfund pro Jahr bezieht. Er ist politisch sehr interessiert und wählte in 2015 UKIP und in 2017 die Tories.

Economist, 23. Februar 2019

Kernpunkt dieses Austrittsvertrages ist, dass sich erst einmal gar nichts ändert. Es wurde eine Übergangsfrist vereinbart, um Zeit für umfangreiche Verhandlungen zu gewinnen. Der Übergangszeitraum läuft am 31. Dezember 2020 aus. „In dieser Zeit ist der gesamte EU-Besitzstand [Gesamtheit des gültigen EU-Rechts der Europäischen Union, Anmerkung der Autoren] weiterhin auf das und im Vereinigten Königreich so anwendbar, als sei das Vereinigte Königreich noch ein Mitglieds-

staat. Somit beteiligt sich das Vereinigte Königreich nach wie vor an der EU-Zollunion und am Binnenmarkt (mit allen vier Freiheiten) und an allen Politikbereichen der Union.

Veränderungen im Verhältnis der EU zum Vereinigten Königreich nach einem harten Brexit

Warenverkehr: Erstellen von Zolldokumenten und Kontrolle an der Grenze werden nötig.

Transport: Fluggesellschaften können ihren Zugang zum Flugraum des Vereinigten Königreichs verlieren, im Straßen(-güter)verkehr treten Wartezeiten auf.

Finanzdienstleistungen und Versicherungen: Banken müssen mehr Eigenkapital zur Risikovorsorge halten, Versicherungsunternehmen gelten als Versicherungsunternehmen aus Drittstaaten, damit entfällt die Zulassung nach dem europäischen Versicherungsaufsichtssystem.

Personal und Bildung / Berufsbildung: Personenfreizügigkeit wird eingeschränkt. EU-Bürger, die sich zum Zeitpunkt des formellen Austritts am 30. März 2019 im VK aufhalten, haben wahrscheinlich Anspruch auf ein dauerhaftes Bleiberecht. Ungeklärt ist, ob dies auch für EU-Bürger gilt, die nach diesem Datum ihre Arbeit im VK aufnehmen. Problematisch ist auch der Aufenthalt von Studierenden, die sich im VK aufhalten, falls es keine Anschlussvereinbarung gibt.

Gewerbliche Schutzrechte und Normen: Bestehende Unionsmarken oder Gemeinschaftsgeschmacksmuster können nicht mehr angewendet werden. Derzeitige Vorschläge sehen vor, dass diese für das VK weitergelten sollen.

Steuern: Umsatz- und Gewinnbesteuerung ist innerhalb der EU so geregelt, dass eine Doppelbesteuerung vermieden wird, nach dem Brexit müssen neue Vereinbarungen gefunden werden.

Gesellschaftsrecht: Britische Gesellschaftsformen, wie Limited, mit Sitz in Deutschland sind als Personengesellschaft zu behandeln, die beschränkte Haftung entfällt.

Reach: Chemische Stoffe benötigen für den Binnenmarkt eine Registrierung im Rahmen der REACH-Verordnung. Auch Stoffe, die aus Drittländern in die EU importiert werden, müssen hier registriert werden. Viele Importeure nutzen für die Registrierung die Europäische Chemikalienagentur mit Sitz in Großbritannien. Nach dem Brexit muss auf die gültige REACH-Registrierung geachtet werden.

DIHK Online-Check, Stand Januar 2019

Jede Änderung am EU-Besitzstand gilt automatisch auch für das Vereinigte Königreich. Die unmittelbare Wirkung und der Vorrang des EU-Rechts bleiben erhalten. Alle bestehenden Regelungs-, Haushalts-, Aufsichts-, Justiz- und Durchsetzungsinstrumente und -strukturen der Union, einschließlich der Zu-



ständigkeits des Gerichtshofs der Europäischen Union, finden Anwendung“ (Europäische Kommission 2018).

Ein zusätzlicher Punkt im Austrittsvertrag, der vor allem im Vereinigten Königreich kontroverse Debatten ausgelöst hat, ist die Backstop-Regelung für Irland. Im Fall eines Brexit ohne Zollunion würden Grenzkontrollen zwingend notwendig.

Um eine solche harte Grenze zwischen Irland und Nordirland dauerhaft zu vermeiden, wurde vereinbart: **Falls nach der Übergangsfrist keine Regelung, die Grenzkontrollen überflüssig macht, zustande kommt, kann die EU einseitig das Fortbestehen der Zollunion festlegen.** Diese Regelung gilt unbefristet. Sie würde also auch greifen, wenn spätere britische Regierungen den Status verändern würden. Ein Kompromiss ist hier schwer vorstellbar. Entweder es gibt eine Zollunion, dann sind Grenzkontrollen überflüssig. Oder es gibt keine und dann muss auch kontrolliert werden. Hinter der Irlandfrage stehen nicht nur wirtschaftliche Erwägungen. Der Jahrzehnte währende Bürgerkrieg in Nordirland droht wieder zu entflammen, wenn eine neue Grenze mitten durch Irland entsteht.

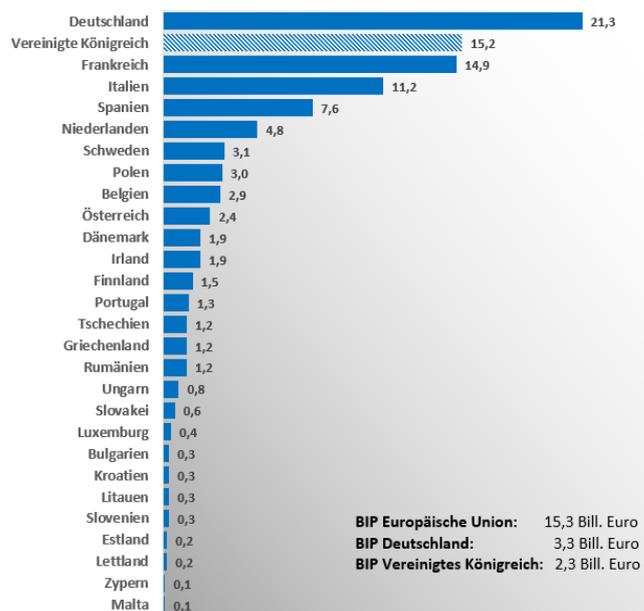
Neben dem Austrittsvertrag wurde auch eine politische Erklärung zur gemeinsamen Zukunft von EU und Vereinigtem Königreich vereinbart. Angestrebt wird eine enge freundschaftliche Beziehung. Die wirtschaftlichen Verbindungen sollen in einem Freihandelsabkommen geregelt werden. „Um den grenzüberschreitenden Warenverkehr zu erleichtern, planen die Parteien jedoch umfassende Vereinbarungen zur Schaffung einer Freihandelszone, die eine tiefgreifende Regelungs- und Zollzusammenarbeit miteinander kombinieren und durch Bestimmungen zur Gewährleistung gleicher Ausgangsbedingungen für einen offenen und fairen Wettbewerb untermauert werden“ (Absatz 22 der politischen Erklärung zwischen EU und dem Vereinigten Königreich). Diese politische Erklärung ist aber nur eine Absichtserklärung und nicht rechtsverbindlich.

2. Wirtschaftslage und Entwicklung des Vereinigten Königreichs

2.1 Das Vereinigte Königreich in der Europäischen Union

Mit dem Vereinigten Königreich verliert die Europäische Union nicht nur ein Mitgliedsland, dessen politische Stimme in der Union und global von Bedeutung ist, sondern auch eine starke Volkswirtschaft. Bezogen auf den gesamten Wirtschaftsraum der EU 28 stammen etwa 15 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts (2017: 15,3 Billionen Euro) aus dem Königreich. Deutschland liegt allerdings mit einem sehr deutlichen Abstand noch davor auf Rangplatz eins (Anteil: 21,3 Prozent). Den dritten Rang besetzt Frankreich, mit einem Anteil von knapp 15 Prozent nur geringfügig hinter den Briten. Die osteuropäischen Staaten, wie zum Beispiel Polen, befinden sich noch in einem Aufholprozess und versammeln sich deshalb auf den nachfolgenden Plätzen.

Anteile der 28 Mitgliedsländer der EU am BIP (nominal) im Jahr 2017 in Prozent



Quelle: Eurostat

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

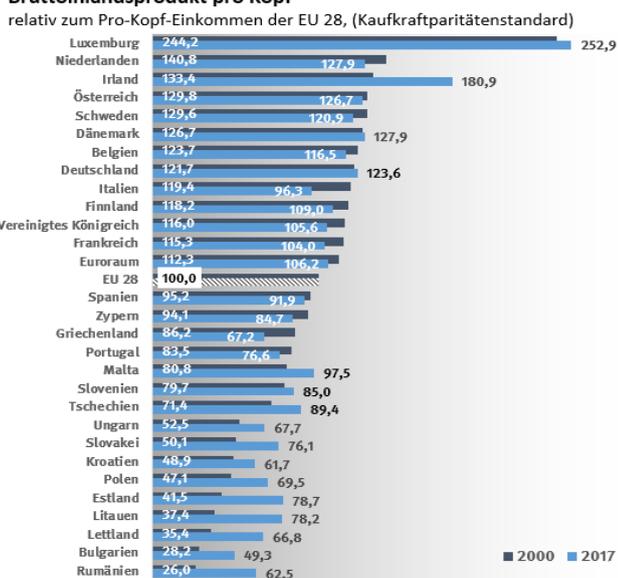
Auch im Hinblick auf die **Bevölkerungsgröße** verlieren wir mit dem Vereinigten Königreich einen relativ hohen Anteil von 12,9 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU (2018: 511,3 Millionen). Die Briten besetzen nach Deutschland (16,1 Prozent) und den Franzosen (13,1 Prozent) den dritten Rang. Es folgen Italien (11,8 Prozent), Spanien (9,1 Prozent) und Polen (7,5 Prozent). Somit schrumpft die Europäische Union mit dem Austritt des VK empfindlich, was neben dem ökonomischen auch den geopolitischen Einfluss der Gemeinschaft schwächt.

Gemessen am inländischen **Pro-Kopf-Einkommen (BIP/Kopf)** auf Grundlage eines Kaufkraftparitätenstandards (dabei werden nicht die Geldwerte, sondern die dafür erhältlichen Waren betrachtet) verschieben sich die Relationen. Das bezogen auf die Bevölkerung verhältnismäßig kleine Luxemburg gewinnt aufgrund steuerpolitisch induzierter Standort- und damit auch Gewinnverlagerungen dramatisch an Bedeutung. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug im Jahr 2000 (zum Startzeitpunkt der Währungsunion) beinahe das Zweieinhalbfache des EU-Durchschnitts, während das **Vereinigte Königreich nur etwa 16 Prozent über dem EU-Durchschnitt** lag. Auch Deutschland, Frankreich und Italien verlieren an Bedeutung. Spanien lag zu Beginn der Währungsunion etwa fünf Prozent unter dem EU-Durchschnitt und hat seit Beginn der Währungsunion weiter an Wohlstand verloren. Im Jahr 2017 lag das Pro-Kopf-Einkommen der Spanier etwa acht Prozent unter EU-Niveau.

Sehr deutlich zugelegt haben die neu hinzu gekommenen osteuropäischen Mitgliedsländer, die allesamt einen Aufholprozess durchleben, deren Wohlstandsniveau aber immer noch unter dem EU-Durchschnitt liegt.



Bruttoinlandsprodukt pro Kopf



Quelle: Eurostat, EU Kommission

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

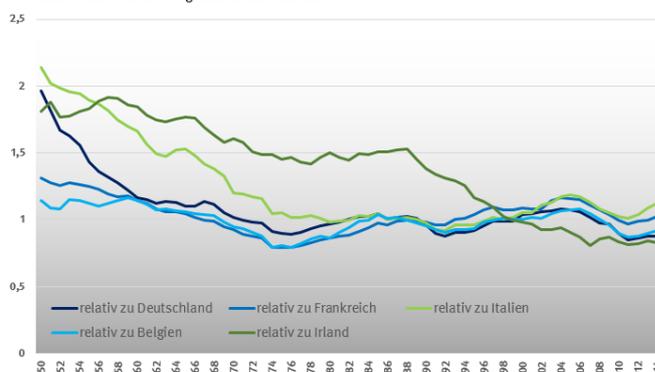
Auffallend ist der ebenfalls sehr deutliche Zugewinn Irlands, der sich vor allem in den Jahren 2014 und 2015 vollzog, als es zu steuerpolitisch motivierten Standortverlagerungen nach Irland kam, was sich — statistisch — massiv auf die Inlandsleistung auswirkte. Dieser Effekt führte dazu, dass Irland nun auf dem zweiten Platz nach Luxemburg und knapp 81 Prozent über dem EU-Mittel liegt. Steuersparmodelle multinationaler Konzerne blähten das Inlandsprodukt Irlands auf. Relativ stabil entwickelten sich im selben Zeitraum die Niederlande, Schweden, Österreich und Belgien. Kräftige Verluste musste Italien hinnehmen, das nach neuem Ranking nun mit 96,3 Prozent unter dem EU-Durchschnitt liegt. Zu Beginn der Währungsunion wies Italien noch ein Pro-Kopf-Einkommen auf, das knapp 20 Prozent darüber lag. **Finnland, das Vereinigte Königreich und Frankreich verloren zwar auch relativ zum EU-Durchschnitt, können aber immer noch ein überdurchschnittliches Wohlstandsniveau vorweisen.** Dänemark und Deutschland gehören wie Luxemburg und Irland zu den Gewinnern der Währungsunion. Ihr Pro-Kopf-Einkommen stieg leicht an.

Betrachten wir einen längeren Zeitraum und starten nach Kriegsende im Jahr 1950. **Den stärksten Rückgang erfuhr das VK im Zeitraum 1950 bis etwa Mitte der Siebziger Jahre, also vor dem Beitritt zur EU im Jahr 1973.** In diesem Zeitraum haben sich beispielsweise Italien, Deutschland, aber auch Frankreich und Belgien deutlich besser entwickelt als die Briten. Seit etwa Mitte der Achtziger Jahre entwickelte sich das VK in etwa im Gleichklang mit diesen Ländern. Abgesehen von kleineren Schwankungen konnte das Niveau gehalten werden. **Dass die Mitgliedschaft der Briten in der EU für diese mit Nachteilen verbunden sein soll, kann mit Blick auf das Pro-Kopf-Einkommen und aufgrund dieses Befundes nicht erkannt werden.** Mit dem Beitritt der Iren zur EU, konnten diese allerdings gegenüber dem Vereinigten Königreich kräftig punkten. Sie er-

zielen etwa seit dem Jahr 2000 ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als ihre britischen Landsleute im Vereinigten Königreich. Anfang der 50er Jahre verfügten diese noch über ein doppelt so hohes Pro-Kopf-Einkommen. Es überrascht deshalb nicht, warum die Iren an ihrer EU-Mitgliedschaft festhalten wollen.

Vereinigtes Königreich – Pro-Kopf-BIP (Kaufkraftparitäten)

In Relation zu anderen Mitgliedsländern der EU



Daten: Penn World Tables 9.0, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

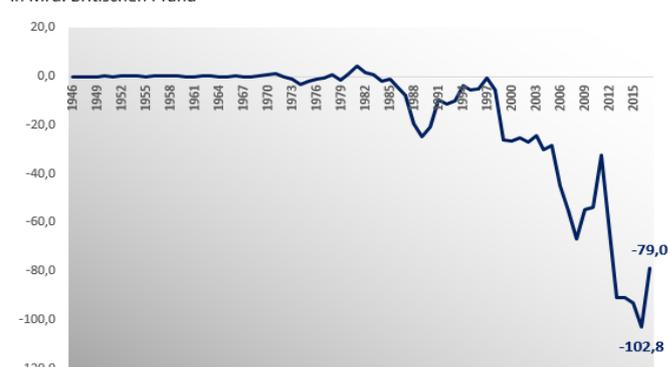
2.2 Wirtschaftliche Außenbeziehungen des Vereinigten Königreichs geraten ins Ungleichgewicht

Das Vereinigte Königreich weist seit etwa 1998 einen kontinuierlich zunehmenden negativen Leistungsbilanzsaldo (Summe sämtlicher Transaktionen mit dem Ausland aus Handels-, Dienstleistungs-, Primäreinkommens- und Sekundäreinkommenssaldo) aus und verschuldet sich mehr und mehr gegenüber dem Ausland. Noch bis in die siebziger Jahre hinein — bis zum Scheitern des Bretton-Woods-Systems — war die Bilanz mehr oder weniger ausgeglichen.

Mit der Aufgabe des Systems fester Wechselkurse und dem Übergang zu einem gemischten globalen System teilweise fester und flexibler Wechselkurse und zeitgleich mit der neoliberalen Wende Anfang der 80er Jahre stellten sich größere Schwankungen ein.

Leistungsbilanzsaldo des Vereinigten Königreichs

in Mrd. Britischen Pfund



Daten: Office for National Statistics

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

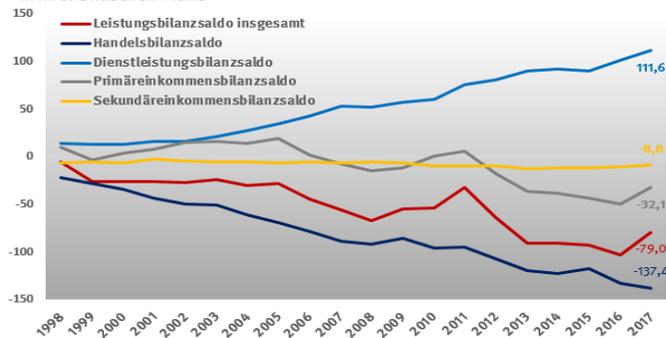


Ende der 90er Jahre zum Zeitpunkt der Gründung der Europäischen Währungsunion, der sich das Vereinigte Königreich nicht anschloss, stürzte das Leistungsbilanzdefizit des VK scheinbar ohne Halt ins Bodenlose.

Maßgeblich für die negative Leistungsbilanz ist die Entwicklung der Handelsbeziehungen des Vereinigten Königreichs.

Die britische Wirtschaft muss seit einiger Zeit gegenüber ihren Handelspartnern einen negativen Handelsbilanzsaldo hinnehmen, es wird also mehr importiert als exportiert. Im Jahr 2017 wurde das bisherige Rekordniveau von minus 137,4 Mrd. britischen Pfund verbucht. Im selben Jahr betrug der Leistungsbilanzsaldo 79 Mrd. Pfund. Dass der defizitäre Handel mit dem Ausland nicht vollumfänglich den Leistungsbilanzsaldo belastete, ist der durchaus erfolgreichen Dienstleistungsbilanz zu verdanken, deren Saldo seit Anfang der 2000er Jahre beachtliche Zuwächse erzielte. Hierin zeigt sich auch der Strukturwandel der britischen Wirtschaft mit einem zunehmenden Anteil der Finanzdienstleistungen und damit einer zunehmenden De-Industrialisierung. Zuletzt betrug der Überschuss der Dienstleistungsbilanz im Jahr 2017 111,6 Mrd. Pfund. Ein Großteil des Überschusses der Dienstleistungsbilanz geht auf die Erträge aus Finanzdienstleistungen zurück. Die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Primäreinkommensbilanz) wies bis zum Jahr 2005 noch leichte Überschüsse aus, war anschließend mehr oder weniger ausgeglichen und rutschte ab 2013 deutlich ins Defizit. Im Jahr 2017 belastete die Primäreinkommensbilanz die Leistungsbilanz mit einem Saldo von etwa 32 Mrd. Pfund.

Die Leistungsbilanz des Vereinigten Königreichs und ihre Teilbilanzen
in Mrd. Britischen Pfund

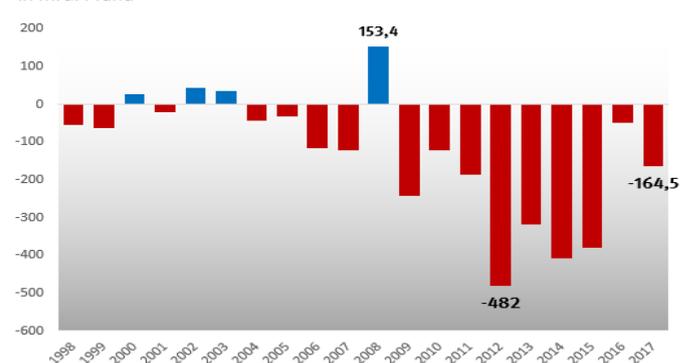


Quelle: Office for National Statistics Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die jährlichen Defizite der Leistungsbilanz, die sich auch daraus ergeben, dass die inländischen Investitionen größer sind als die Ersparnisse, führten dazu, dass sich das Vereinigte Königreich kontinuierlich gegenüber dem Ausland verschuldet und sich zu einem Nettoschuldner entwickelte. Zwar sind die öffentlichen Defizite zurück gegangen aber der private Sektor, vor allem die privaten Haushalte haben auch weniger gespart. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte musste deshalb zusätzlich über das Ausland finanziert werden (IMF, 2018 b). Aufgrund des sinkenden Realeinkommens (Abwertung des Pfunds und steigende Inflationsrate) und der schwächeren Binnenkonjunktur ging das Defizit in 2017 zurück und wird vo-

raussichtlich noch weiter abschmelzen. Die Gesamtverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland sind insgesamt größer als die Forderungen. Auch aufgrund von Wertschwankungen des britischen Pfunds fällt die Nettoverschuldung gegenüber dem Ausland Jahr für Jahr sehr unterschiedlich aus. Die Abwertung des Pfunds seit 2016 reduzierte die Schuldenlast gegenüber dem Ausland deutlich. Im Jahr 2017 betrug der Wert des Gesamtschuldenstands (Nettovermögensposition) 164,5 Mrd. Pfund.

Nettovermögensposition des Vereinigten Königreichs
in Mrd. Pfund



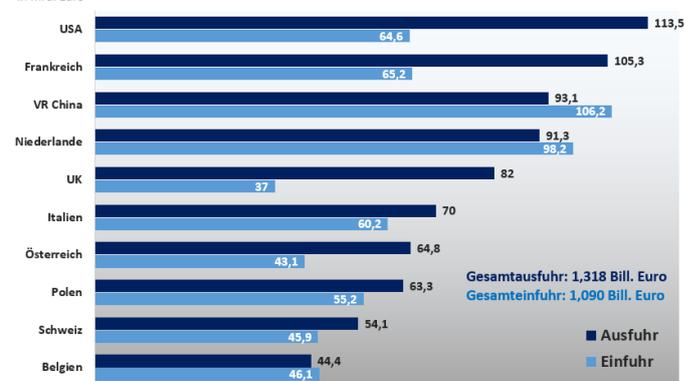
Quelle: Office for National Statistics Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

2.3 Warenhandel Deutschlands mit dem Vereinigten Königreich mit deutlichen Vorteilen für Deutschland

Deutschland pflegt intensive Handelsbeziehungen mit den britischen Inseln.

Gemessen am Gesamtausfuhrwert des Jahres 2018 im Umfang von 1,3 Billionen Euro gingen Waren im Wert von 82 Mrd. Euro in das VK, das entspricht etwa einem Anteil von 6,2 Prozent am Gesamtausfuhrwert. Im Gegenzug importierte Deutschland einen Anteil von 3,4 Prozent des Gesamteinfuhrwerts (1,1 Billionen Euro) aus dem VK, das entspricht Waren im Wert von 36,8 Mrd. Euro. Gegenüber 2017 sind der Ausfuhr- und der Einfuhrwertanteil des Vereinigten Königreichs leicht gesunken. Bezogen auf den Ausfuhrwert ist das Vereinigte Königreich das viertwichtigste Zielland deutscher Waren ausfuhren.

Die 10 wichtigsten Zielländer deutscher Exporte 2018 mit jeweiligen Importen
in Mrd. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt, Exporte von Waren, Spezialhandel Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

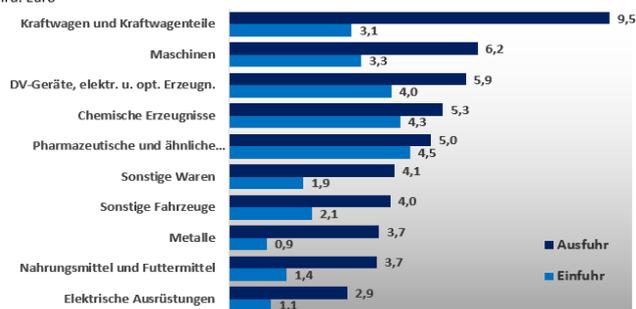


Nur die USA, Frankreich, China und die Niederlande beziehen noch mehr Waren aus Deutschland. **Bezogen auf den Gesamt-handel (Exportwert plus Importwert)** fallen die Briten deutlich zurück. Hier dominiert China mit einem Wert des Gesamt-handels im Umfang von etwa 199,3 Mrd. Euro. Beachtlich, bezogen auf des relativ geringe Handelsvolumen, ist der dennoch enorme Handelsüberschuss gegenüber dem VK im Umfang von etwa **45 Mrd. Euro**. Der Überschuss ist kaum geringer als gegenüber dem wichtigsten Zielland deutscher Exporte, den USA (48,9).

Das Vereinigte Königreich importiert vor allem Kraftwagen und -teile aus Deutschland. Auch Maschinen und Anlagen, DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse sowie Chemie- und Pharmaprodukte spielen eine wichtige Rolle im bilateralen Austausch. **Bei allen Warengruppen erzielte Deutschland Handelsüberschüsse gegenüber den Briten.**

Am größten war im Jahr 2018 der Überschuss in der Autoindustrie mit plus 6,4 Mrd. Euro. Allerdings musste gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Rückgang verkraftet werden. 2017 betrug der Überschuss in der Autoindustrie noch 19 Mrd. Euro. Der Rückgang ist vor allem auf den **Einbruch bei den Exporten von 24,9 Mrd. Euro auf nur noch 9,5 Mrd. Euro (minus 61,8 Prozent)** zurückzuführen. Der Einfuhrwert sank von 5,9 auf 3,1 Mrd. Euro (minus 47,5 Prozent). Hier dürften die Probleme um das neue Zulassungsverfahren ein Teil der Erklärung sein. Zwar gab es auch bei den anderen Waren Rückgänge, aber bei weitem nicht in dieser Größenordnung. Der Euro wertete gegenüber dem britischen Pfund nur um 0,9 Prozent auf und trägt damit nur geringfügig zum Rückgang der Ausfuhrwerte bei.

Die zehn wichtigsten Warenaus- und Einfuhren Deutschlands mit dem Vereinigten Königreich im Jahr 2018 in Mrd. Euro



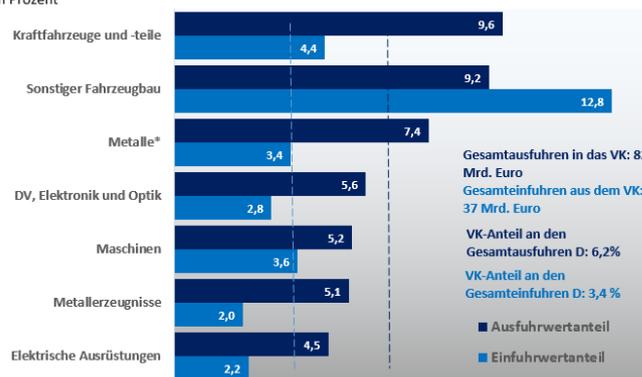
Daten: Statistisches Bundesamt

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Überdurchschnittlich intensiv sind die Handelsverflechtungen innerhalb der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, wie insbesondere bei den Kraftfahrzeugen und -teilen sowie im Sonstigen Fahrzeugbau und bei den Metallerzeugnissen. Hier zeigen sich die mittlerweile herausgebildeten Lieferketten im Vorleistungsbereich. Auffällig ist der überdurchschnittliche Anteil der Waren in der Branche des Sonstigen Fahrzeugbaus (12,8 Prozent, 2017: 9,8 Prozent), der aus dem Vereinigten Königreich bezogen wird, im Vergleich zum Anteil der aus dem

VK insgesamt importierten Waren (3,4 Prozent, 2017: 3,7 Prozent). Dahinter verbergen sich unter anderem die Wertschöpfungsketten des Airbus-Konzerns, der auf dem britischen Festland (in Filton und Broughton) vor allem Tragflächen, Kraftstoffsysteme und Fahrwerksbaugruppen entwickelt und herstellt. Auch die von Rolls-Royce in Filton produzierten Motoren schlagen sich in dieser Bilanz nieder.

Ausfuhr- und Einfuhrwertanteile des Vereinigten Königreichs nach Branchenaus- und -einfuhrwerten im Jahr 2018 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen, * = einschließlich Stahl
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

2.4 Vereinigtes Königreich auch bei den Dienstleistungen gegenüber Deutschland im Defizit

Deutschland fährt traditionell im Dienstleistungshandel Defizite ein, so auch im Jahr 2017 (Jahreswerte 2018 lagen zu Redaktionsschluss noch nicht vor). Es wurden Dienstleistungen im Wert von 272,8 Mrd. Euro dem Ausland zur Verfügung gestellt („Exporte“) und im Umfang von etwa 289,0 Mrd. Euro in Anspruch genommen („Importe“). Auch bei den Dienstleistungen wird das größte Geschäft mit den europäischen Nachbarländern gemacht. Die Dienstleistungseinnahmen, die Deutschland im europäischen Ausland erzielte, machten im Jahr 2017 knapp 62 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Jedoch dominieren die USA bei den bilateralen Geschäften. 14,1 Prozent der **Ausgaben für Dienstleistungen** flossen in die Vereinigten Staaten, aber auch **8,5 Prozent in das Vereinigte Königreich**. China spielt bei den Dienstleistungen aufgrund des noch wenig liberalisierten Marktes eine vernachlässigbare Rolle (2,6 Prozent der Ausgaben). Ähnlich verhält es sich mit den Einnahmen. Auch hier führen die USA die Liste der wichtigsten Zielländer an, mit einem Anteil von 16,1 Prozent, gefolgt durch das **Vereinigte Königreich, das Dienstleistungen im Umfang von 9,1 Prozent der Gesamteinnahmen von Deutschland in Anspruch nahm. Deutschland verbuchte im Jahr 2017 einen geringen Überschuss in der Dienstleistungsbilanz gegenüber dem Vereinigten Königreich. In den vier Jahren davor, seit 2013, fiel der Überschuss sehr viel höher aus.**



Zu den Top-Dienstleistungen, mit welchen Deutschland die meisten Einnahmen erzielt, gehören — abgesehen von den nicht weiter untergliederten sonstigen Dienstleistungen — die Transportleistungen, die eng an den Warenexport gebunden sind. Allerdings verbucht Deutschland hier ein Defizit. Während die Einnahmen sich im Jahr 2017 auf knapp 55 Mrd. Euro beliefen, kamen die Ausgaben auf etwa 59 Mrd. Euro. Zwar spielt der Reiseverkehr auch für die deutschen Ausfahrten eine wichtige Rolle, aber hier wird (traditionell) das größte Defizit eingefahren. Im Jahr 2017 wurden im Reiseverkehr 35,3 Mrd. Euro eingenommen, aber knapp 79 Mrd. Euro für Dienstleistungen aus dem Ausland bezahlt. Etwas abgeschlagen folgen auf Platz drei, vier, fünf und sechs die Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen, die Finanzdienstleistungen, die Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum sowie die Versicherungs- und Altersvorsorgeleistungen. In diesen Kategorien erzielte Deutschland Überschüsse.

Dienstleistungshandel Deutschlands im Jahr 2017

in Mrd. Euro

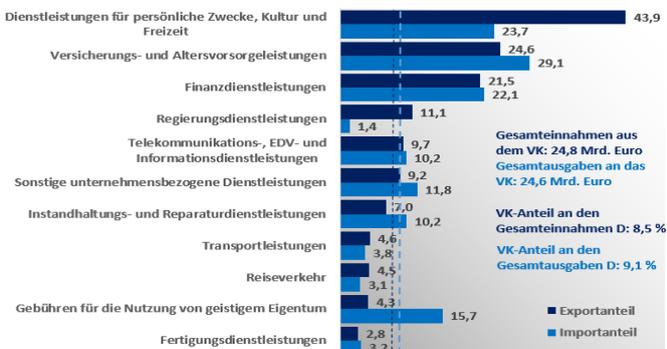


Quelle: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Stand: 11.1.2019
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Beim Dienstleistungsaustausch Deutschlands mit dem Vereinigten Königreich dominieren die Finanzdienstleistungen, gefolgt von den Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen und den Transporten. In allen drei Bereichen — entgegen der Erwartungen, auch bei den Finanzdiensten — erzielte Deutschland einen Überschuss gegenüber den Briten.

Dienstleistungshandel Deutschlands mit dem Vereinigten Königreich im Jahr 2017

Anteile der Einnahmen und Ausgaben, in Prozent an den jeweiligen Dienstleistungsarten



Quelle: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, Stand: 11.1.2019
Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Der Tourismus, bzw. der Reiseverkehr, hat eine nachrangige Bedeutung. Hier verbuchte Deutschland gegenüber dem VK ein Defizit. Betrachtet man die relative Bedeutung der Erlöse bestimmter Dienstleistungen, die im VK erzielt werden, an den Gesamteinnahmen der Teilbranchen, so gewinnen aus deutscher Perspektive die Dienstleistungen für persönliche Zwecke, Kultur und Freizeit an Bedeutung. Aber auch die Versicherungs- und Altersvorsorgeleistungen und die Finanzdienstleistungen bekommen bzw. behalten ihren hohen Stellenwert.

2.5 Deutsche Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich vorzugsweise im Finanzsektor

Abgesehen von den sehr intensiven Handels- und Dienstleistungsverflechtungen Deutschlands mit dem Vereinigten Königreich investieren deutsche Unternehmen in großem Stil jenseits des Ärmelkanals. Der Bestand deutscher Direktinvestitionen (Beteiligungen von mindestens zehn Prozent an ausländischen Unternehmen) bewegte sich im Zeitraum 2013 bis 2017 in der Größenordnung von 1241 bis 131 Mrd. Euro. Der Rückgang seit 2015 ist teilweise durch die Abwertung des britischen Pfunds gegenüber dem Euro zu erklären. Damit ging gut ein Sechstel (2017: 15,4 Prozent) bis ein Fünftel (2013: 19,1 Prozent) des gesamten Direktinvestitionsbestandes deutscher Unternehmen in der Europäischen Union an die Briten. Das britische Interesse an Direktinvestitionen in Deutschland ist dagegen in Relation zu deren gesamteuropäischen Engagements etwas verhaltener (2013: 24,9 Mrd. Euro, bzw. 5,1 Prozent und 2017: 24,5 Mrd. Euro oder 4,1 Prozent).

Bilaterale Direktinvestitionen Deutschlands und des Vereinigten Königreichs

Bestände zum Stichtag 31.12., in Mrd. Euro



Quelle: Eurostat

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Bevorzugte Wirtschaftszweige des deutschen Engagements im Vereinigten Königreich sind die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (63,4 Prozent) und mit weitem Abstand die Energieversorgung (10,1 Prozent) sowie das Verarbeitende Gewerbe (neun Prozent). Insofern bildet die Anlagestruktur der deutschen Investoren die große Bedeutung des Finanzsektors für die britische Wirtschaft ab.



Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes prägen Investitionen in der britischen Automobilindustrie (Anteil: 16,9 Prozent des Gesamtengagements im Verarbeitenden Gewerbe), im Maschinenbau (14,3 Prozent), in der Branche Herstellung von Mess- und Kontrollgeräten, Uhren und elektromedizinische Geräte (13,3 Prozent), in der Chemischen Industrie (12,9 Prozent) sowie in der Herstellung von Elektrischen Ausrüstungen (11,8 Prozent) das deutsche Engagement.

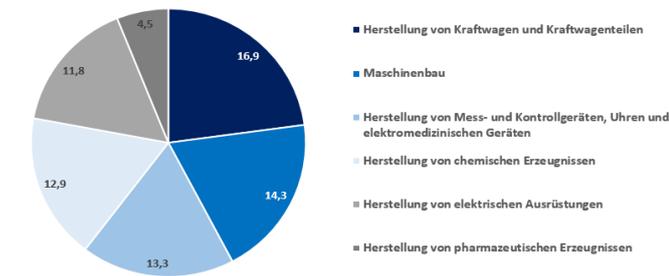
Anteile der Wirtschaftszweige ausländischer Investitionsobjekte deutscher Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich an den Gesamtbeständen im Jahr 2016, in Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Wirtschaftszweige ausländischer Investitionsobjekte deutscher Direktinvestitionen im Vereinigten Königreich an den Gesamtbeständen im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2016, in Prozent



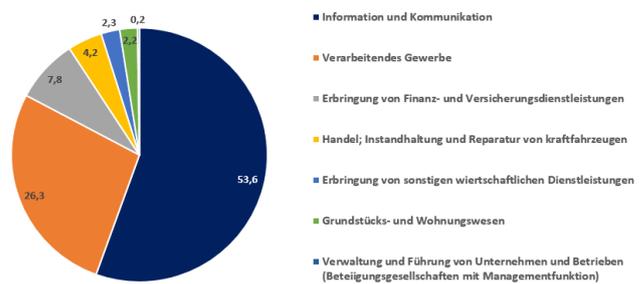
Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Der Bestand der sehr viel schwächeren britischen Direktinvestitionen in Deutschland konzentriert sich sehr auffällig auf die Branche Information und Kommunikation (53,6 Prozent), das Verarbeitende Gewerbe (26,3 Prozent) und erst an dritter Stelle — mit deutlichem Abstand — die Branche Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (7,8 Prozent).

Im Verarbeitenden Gewerbe dominiert das Engagement im Maschinenbau (23,5 Prozent des Gesamtengagements im Verarbeitenden Gewerbe), gefolgt von der Herstellung von Mess- und Kontrollgeräten, Uhren und elektromedizinischen Geräten (15,9 Prozent) sowie der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (fünf Prozent).

Anteile der Wirtschaftszweige ausländischer Investitionsobjekte britischer Direktinvestitionen in Deutschland an den Gesamtbeständen im Jahr 2016, in Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Wirtschaftszweige ausländischer Investitionsobjekte britischer Direktinvestitionen in Deutschland an den Gesamtbeständen im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2016, in Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

2.6 Resümee

Mit dem Brexit bricht nicht nur ein Großteil der Wirtschaftskraft der EU und ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung weg: Die intensiven Handels-, Dienstleistungs- und Kapitalbeziehungen werden durcheinandergeschüttelt. Deutschland engagiert sich in großem Umfang mit Direktinvestitionen bei den Briten und zwar vor allem im Dienstleistungsbereich. Aufgrund des Leistungsbilanzdefizits ist das Auslandsengagement der Briten deutlich geringer als das der Deutschen und konzentriert vor allem auf den Bereich der Information und Kommunikation und im Verarbeitenden Gewerbe auf den Maschinenbau, Teilbereiche der Elektrobranche und die Chemie. Mit dem Brexit-Votum kommen die vielfältigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem europäischen Festland und den Briten auf den Prüfstand. Je nach Anschlussregelung sind unterschiedlich deutliche Einbußen in der Wirtschaftsleistung der Staaten und in der Wertschöpfung einzelner Branchen zu erwarten. Abgesehen von den politischen Unwägbarkeiten dürften sich die verbliebenen 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union verglichen mit den Briten geringeren Problemen gegenübersehen und mittel- bis langfristig vermutlich nach heftigen strukturellen Verwerfungen in einzelnen Branchen sogar auf der Gewinnerseite sein. Aber klar ist auch: Ohne einen Abschied des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union ginge es uns allen insgesamt besser.



3. Die britische Wirtschaft nach dem Brexit-Votum

Die Entwicklung im Vereinigten Königreich schien zunächst alle negativen Erwartungen nach dem Brexit-Votum Lügen zu strafen. Zwar war das Wachstum seit dem Referendum moderat und setzte den fallenden Trend der Vorjahre fort, aber die Arbeitslosigkeit ist auf relativ niedrigem Niveau und die Beschäftigung hoch. So sank die Arbeitslosenquote von etwa 8,5 Prozent im Jahr 2012 auf vier Prozent im vierten Quartal 2018. Merklich reagierte der Außenwert des Pfund Sterlings. Die Debatten um das Brexit-Votum führten bereits im Vorfeld, etwa seit Anfang 2016, zu spekulativen Attacken und nahezu zeitgleich mit dem dennoch für viele unerwarteten negativen Abstimmungsergebnis zu einer weiteren drastischen Abwertung.

Nominale effektiver Wechselkurs* des Britischen Pfunds
Januar 2005 = 100



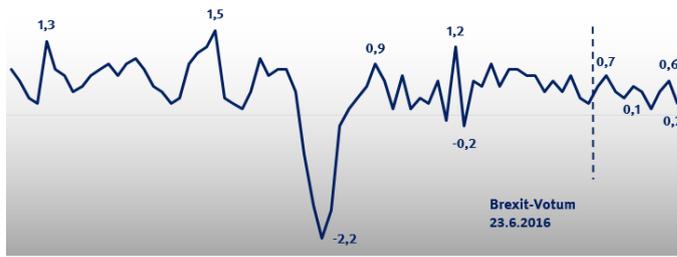
* Wechselkurs des Britischen Pfunds gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner, gewichtet
Daten: Bank of England

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Dadurch stiegen die Preise für importierte Waren und damit auch die Inflationsrate, was die real verfügbaren Einkommen und den Konsum schwächte. Die Inflationsrate lag im Oktober 2015 noch bei 0,2 Prozent und stieg bis Ende 2016 auf 1,8 Prozent. Im November 2018 erreichte sie 2,8 Prozent. Das Konsumentenvertrauen hat folglich erheblich unter dem Brexit-Votum gelitten und entwickelte sich seit Juni 2016 gegenläufig zum allgemeinen Trend der OECD-Länder. Die aktuelle Debatte über die Details des Austritts setzt dem Konsumentenvertrauen weiter zu.

Andererseits verbilligten sich wegen der Abwertung die Exportwaren und verbesserten die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Handelsbilanz. Dies erklärt, warum das britische Geschäftsklima sich deutlich besser entwickelte als das Konsumentenvertrauen. Die aktuelle Entwicklung zeigt aber auch hier inzwischen deutliche Spuren. Während im Jahr 2016 der private Konsum noch der Wachstumstreiber für die britische Wirtschaft war und der Außenhandel aufgrund der kräftigen Importe das Wachstum dämpfte, kehrten sich die Verhältnisse im Jahr 2017 komplett um: die Nettoexporte verliehen der Wirtschaft den Wachstumsschub, der ihr durch das schwächere Realeinkommen und Konsum fehlte. Allerdings: Während das Vereinigte Königreich seit etwa 2013 zu den am dynamischsten wachsenden G7-Ländern gehörte, rutschte es Ende 2017 auf das Niveau der schwächsten. Im vierten Quartal 2018 legte das BIP mit plus 0,2 Prozent kaum noch zu.

BIP-Wachstumsraten im Vereinigten Königreich
Veränderung zum Vorquartal, saisonbereinigt in Prozent

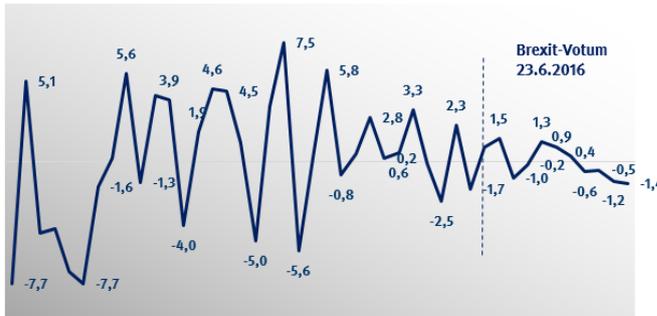


Quelle: Office for National Statistics

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Schwach zeigten sich vor allem die privaten Investitionen, und das vor dem Hintergrund einer in dieser Phase sich günstig entwickelnden Weltkonjunktur sowie niedriger Finanzierungskosten. Im vierten Quartal 2018 fielen die privaten Investitionen um 1,4 Prozent unter das Vorquartal. Das war der vierte Rückgang in Folge. Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds zeigen sich in der Investitionsschwäche die großen Unsicherheiten nach dem britischen Volksentscheid im Juni 2016 in Erwartung höherer Handelskosten und von Standortnachteilen nach einem möglichen Verlassen des Binnenmarktes Ende März 2019 (IWF, 2018 c). Berechnungen von Born (et al. 2018) zeigen, dass im Vergleich zu einer Fortschreibung der ökonomischen Entwicklung im Vereinigten Königreich ohne Brexit-Votum („synthetischer Doppelgänger“) die tatsächlichen Ereignisse dazu führten, dass das britische Bruttoinlandsprodukt im Sommer 2018 um zwei Prozent niedriger war als es ohne Referendum hätte sein können.

Bruttoinvestitionen der Unternehmen im Vereinigtes Königreich
Veränderung zum Vorquartal (saisonbereinigt), in Prozent



Quelle: Office for National Statistics, UK

Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Die aktuelle Winterprognose der EU Kommission sagt voraus, dass das Vereinigte Königreich in diesem und im kommenden Jahr nur eine Wachstumsrate von 1,2 erzielen wird. Damit erreicht das Land in etwa die gleiche — schwache — Dynamik wie Italien und liegt am untersten Rand im Vergleich zu allen anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und damit auch deutlich unterhalb des europäischen Durchschnitts (EU und Euroraum: plus 1,8 und 1,7).



4. Was kommt langfristig auf uns zu?

Fast scheint es, als wäre nicht nur die politische Elite, sondern auch die Wissenschaft 2016 gänzlich unvorbereitet von einem möglichen Austritt des Vereinigten Königreichs aus dem europäischen Verbund getroffen worden. **Ein Pro-Brexit-Votum war schlicht nicht vorgesehen.** Im Vorfeld des Referendums im Jahr 2016 gab es kaum den Versuch, Szenarien zu entwerfen, wie die Nach-Brexit-Welt aussehen könnte. So finden sich in 2015 nur wenige ökonomische Analysen. Nach der Austrittsentscheidung wurden in kurzer Schlagzahl verschiedenste Einschätzungen veröffentlicht.

Da niemand wusste, wie das Verhältnis des Vereinigten Königreichs zur Europäischen Union nach dem Austritt geregelt sein würde, erfolgten die Berechnungen auf der Grundlage verschiedener Annahmen. **Die Spanne der Projektionen bewegt sich somit innerhalb eines Spektrums ‚optimistischer‘ und ‚pessimistischer‘ Entwicklungen.** Optimistisch kann zum Beispiel bedeuten, dass zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ein Zollabkommen ausgehandelt wird, das die Erhebung von Zöllen und Zollkontrollen an den Grenzen vermeidet. Pessimistische Annahmen gehen von einem harten Brexit aus, bei dem der Austritt des Vereinigten Königreichs ohne Anschlussregelungen vollzogen wird und die Zollsätze der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) gelten (Meistbegünstigungsprinzip: Vorteile und damit auch die Zollvorschriften, bzw. die niedrigsten Zollsätze, die einem Mitgliedsland der WTO gewährt werden, gelten auch für alle anderen). Dabei liegen die Schätzungen auch innerhalb des optimistischen und des pessimistischen Falls sehr weit auseinander. Die Abweichungen ergeben sich daraus, welches Modell für die Analyse verwendet wurde. Die einfachsten Modelle berücksichtigen lediglich die bilateralen Handelsströme und analysieren, wie sich beispielsweise die Erhebung von Zöllen (nach WTO) auf den Handel auswirken würde. Andere ergänzen mögliche Auswirkungen auf die Direktinvestitionen und damit eine Reorganisation der Wertschöpfungsketten sowie Veränderungen der Produktivität.

Trotz der Abweichungen in den Ergebnissen ist ein deutlicher Trend zu erkennen, der darauf hindeutet, dass das Vereinigte Königreich im Vergleich zu den verbliebenen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union den größeren Schaden davontragen wird. Dies gilt sowohl für das optimistische als auch für das pessimistische Szenario. Die Europäische Union müsse über einen langen Zeitraum (fünf bis 10 Jahre) im günstigsten Fall nur mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 0,1 Prozent bis 0,6 Prozent rechnen. Dem steht ein BIP-Verlust zwischen 0,1 und 4,3 Prozent im VK gegenüber. Im pessimistischen Szenario bewegen sich die Berechnungen für die EU 27 zwischen minus 0,1 und minus 1,5 Prozent und das Vereinigte Königreich müsste auf einen Rückgang um minus 1,5 bis minus 10,5 Prozent gefasst sein. **Das mit Abstand ungünstigste Szenario wurde im November von der britischen No-**

tenbank (Bank of England) vorgelegt und bewegt sich in der Spanne zwischen minus 7,75 bis minus 10,5 Prozent in einem Zeithorizont von fünf Jahren unter Berücksichtigung von Handelsströmen, Direktinvestitionen und Produktivitätseffekten. Eingeschlossen sind auch Annahmen über Zinserhöhungen, mit welchen die Notenbank auf eine erhöhte Inflationsrate in Großbritannien reagieren würde. Der Inflationsanstieg ergibt sich aus dem Wertverlust des britischen Pfunds und damit einer Verteuerung der importierten Waren.

Studie	Optimistisches Szenario		Pessimistisches Szenario	
	EU 27	GB	EU 27	GB
Rojas-Romagos (2016)	-0,6	-3,4	-0,8	-4,1
Booth et al. (2015)				-2,2
IMF (2018)			-0,5	
IMF (2018)	-0,1		-1,5	
OECD (2016)		-2,7		-7,7
HM Treasury (2016)	minus 3,4 bis minus 4,3		minus 5,4 bis minus 9,5	
HM Government (2018)	minus 0,1 bis minus 1,3		minus 6,3 bis minus 9,0	
Bank of England (2018)	minus 1,25 bis minus 3,75		minus 7,75 bis minus 10,5	
Vandenbussche et al. (2017)	-0,4	-1,2	-1,5	-4,5
Dhingra et. al (2017)**	-0,1	-1,3	-0,4	-2,7
Aichele, Felbermayr (2015)*	-0,1	-0,6	minus 0,2 bis minus 0,4	minus 1,5 bis minus 3,0
Cambridge Econometrics (2018)		-1,0		-2,7

* Wohlfahrtsverlust = vermindertes reales Haushaltseinkommen, ** Wohlfahrtsverlust = verminderte Konsumausgaben je Haushalt
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose, Herbst 2018, S. 30, aktualisiert und ergänzt durch die Autoren (IG Metall, Koordination Branchenpolitik)

Länder	Optimistisches Szenario*	Pessimistisches Szenario**
Vereinigtes Königreich	-0,65	-1,73
EU 27	-0,12	-0,26
Deutschland	-0,11	-0,23

* = konservatives Freihandelsabkommen der ersten Generation (EU-Mexiko/EU-Marokko), ** = WTO-Szenario
Quelle: Felbermayr et al. (2017, S. 69)

Eine neuere Studie des ifo-Instituts aus dem Jahr 2017 — bezogen auf die damals detailliert vorliegenden Input-Output-Jahreswerte 2014 — legt die Auswirkungen des Brexits auf die deutsche Wirtschaft offen. Den Berechnungen liegt ein Gleichgewichtsmodell zugrunde, das die Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königreichs auf die Handelsströme, Reallokationseffekte, Auswirkungen auf die Produktivität und damit auf Kosten und Preise erfasst. Nicht berücksichtigt werden mögliche Auswirkungen auf Direktinvestitionsentscheidungen, die aber indirekt in den veränderten Handelsströmen zum Ausdruck kommen.

Im Vergleich zum Vereinigten Königreich (minus 0,65 bis minus 1,73 Prozent Rückgang des realen BIP) kommt ‚Rest-EU‘ (minus 0,12 bis minus 0,26 Prozent) sehr viel glimpflicher davon. **Deutschland liegt mit minus 0,11 bzw. minus 0,23 Prozent nur knapp unter dem EU-Durchschnitt (minus 0,12 bis minus 0,26 Prozent).** Sehr viel heftiger werden Irland (minus 0,95 bis minus 2,03 Prozent), Malta (minus 0,23 bis minus 2,91) aber auch Belgien (minus 0,13 bis minus 0,42 Prozent) getroffen. Aufgrund der im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten sehr engen Handels- und Finanzverflechtungen zwischen dem Vereinigten Königreich und diesen Ländern, werden die Folgewirkungen zwangsläufig sehr viel deutlicher zu spüren sein.



Die auf den ersten Blick geringfügigen Verluste für Deutschland (minus 0,11 bis minus 0,23 Prozent des BIP) bekommen ein anderes Gewicht, wenn die Effekte auf die Erwerbstätigkeit bezogen werden. Im Jahr 2014 zählte Deutschland im Jahresdurchschnitt etwa 42,7 Millionen Erwerbstätige, die ein Bruttoinlandsprodukt im Umfang von 2,9 Billionen Euro erwirtschafteten. **Von einem Verlust an Wertschöpfung entsprechend der Ergebnisse der ifo-Studie und unter Berücksichtigung der Erwerbstätigen im Jahr 2014 (42,7 Millionen) wären in Deutschland etwa 46.900 bis 98.100 Erwerbstätige betroffen gewesen.** Eine durchaus spürbare Wirkung.

Auch wenn für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt im Vergleich zu anderen Staaten die BIP-Verluste verkraftbar scheinen, ergeben sich auf Branchenebene durchaus größere Ausschläge von Wertschöpfung und Beschäftigung. Grundsätzlich gilt auch hier: **Ein unregelmäßiger, harter Brexit sollte möglichst vermieden werden. Die Verluste sind deutlich größer als im Fall einer Einigung, etwa in Form eines Freihandelsabkommens.** Die heftigsten Einschnitte dürften aufgrund der engen Verflechtungen im Fahrzeugbau zu verzeichnen sein. Hier muss in der mittleren bis langfristigen Sicht im Falle eines harten Brexits mit einem Rückgang der Wertschöpfung um ein Prozent bzw. 1,1 Mrd. Euro gerechnet werden. Durch ein erfolgreiches Freihandelsabkommen könnte aus dem Verlust allerdings sogar ein Gewinn werden. Relativ heftig trifft es die Textilerzeuger mit einem Rückgang um 1,5 Prozent der Wertschöpfung (minus 119,1 Millionen Euro). Der zu befürchtende Dämpfer für die Wertschöpfung ist allerdings absolut betrachtet weitaus geringer als im Fahrzeugbau.

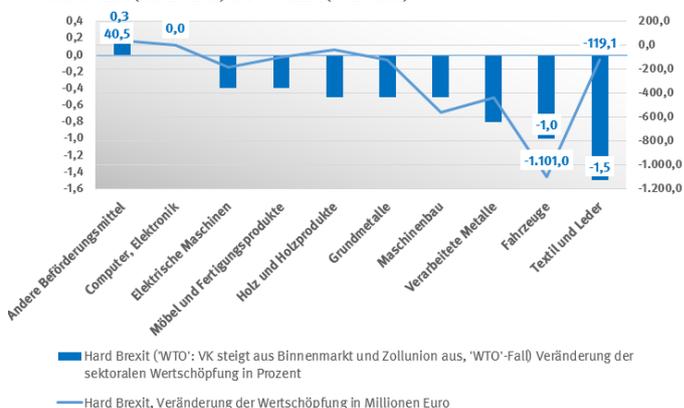
Auffällig ist, dass ein harter Schnitt für den Bereich ‚andere Beförderungsmittel‘, wozu auch der Flugzeug- und Schiffbau gehört, durchaus zu Wertschöpfungsgewinnen führen kann (plus 40,5 Millionen Euro). Dieses zunächst widersinnige Ergebnis erklärt sich daraus, dass bei der Einführung von Zöllen nach WTO-Standard offenbar europäische und damit auch deutsche Produkte in diesem Bereich einen relativ hohen Schutz vor Importen genießen und damit eine verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit erlangen.

„Bitte hört nicht auf den Wahnsinn der Brexiter, die behaupten, dass wir, weil wir hier riesige Fabriken haben, uns nicht bewegen werden und immer hier sein werden.“
*Tom Enders
Airbus-Chef, 24. Januar 2019*

Problematisch erscheint allerdings bei diesen Modellrechnungen die Vernachlässigung zeitlicher Anpassungsbedarfe. Es lassen sich auf der Grundlage der Berechnungen keine klaren Aussagen darüber treffen, wie lang der Zeitraum ist, in dem es zu

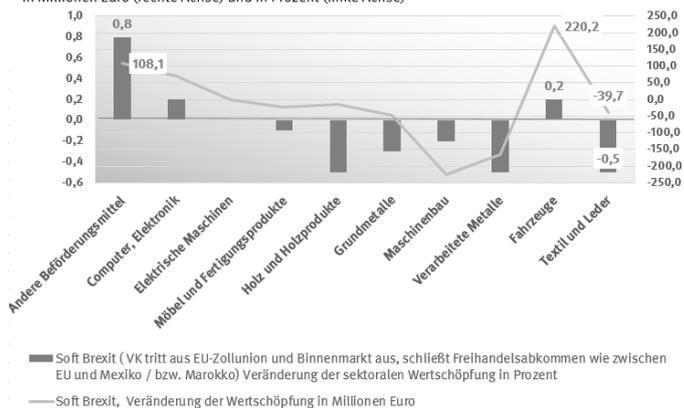
den errechneten Effekten kommt. So ist es kaum vorstellbar, dass es gerade im High-Tech-Flugzeugbau mit hohen spezifischen Standortinvestitionen und gut qualifizierten Arbeitskräften mit besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen zu schnellen Verlagerungen kommen wird, obwohl es schon öffentliche Äußerungen der Protagonisten gab, die in diese Richtung deuteten.

Sektorale Wertschöpfungseffekte eines 'Hard-Brexit' im Güterbereich in Deutschland in Millionen Euro (rechte Achse) und in Prozent (linke Achse)



Quelle: Felbermayr, et al. (2017), eigene Berechnungen Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Sektorale Wertschöpfungseffekte eines 'Soft-Brexit' im Güterbereich in Deutschland in Millionen Euro (rechte Achse) und in Prozent (linke Achse)



Quelle: Felbermayr, et al. (2017), eigene Berechnungen Grafik: IG Metall, Koordination Branchenpolitik

Versucht man mit Hilfe der Ergebnisse der ifo-Studie für den Fall eines ‚harten Brexits‘ und auf Grundlage der Sozioökonomischen Daten der World-Input-Output-Datenbank eine **Ab-schätzung der Beschäftigungseffekte** (Bezugsjahr 2014), so ergeben sich leichte Verschiebungen in der Betroffenheit. Wegen der Branchenunterschiede im Arbeitseinsatz, also der Frage, wie viele Beschäftigte benötigt werden, um eine Wertschöpfungseinheit zu erzeugen (Arbeitskoeffizient), ist dies auch nicht anders zu erwarten. Zwar ist der Fahrzeugbau auch hier mit etwa minus 2.800 Beschäftigten (minus 0,3 Prozent) relativ stark betroffen. Aber auch bei den Metallern (minus 2.900, bzw. minus 0,3 Prozent) und im Maschinenbau (minus 2.600, bzw. minus 0,2 Prozent) könnten deutliche Verluste eintreten. In der Textil- und Lederproduktion sind mit minus 0,6 Prozent der Gesamtbeschäftigten relativ viele Arbeitsplätze bedroht. Absolut betrachtet ergibt sich allerdings im Branchen-



vergleich ein nur geringer Rückgang um etwas mehr als 800 Beschäftigte. Der sonstige Fahrzeugbau würde auch hier zu den Gewinnern zählen. Der Beschäftigungseffekt ist allerdings mit plus 0,1 Prozent oder 131 Arbeitsplätzen sehr gering.

Die aktuelle Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH, Februar 2019) bestätigt die Ergebnisse des ifo-Instituts dahingehend, dass die bereits dort ausgemachten Risikoprodukte und -sektoren mit teilweise erheblichen Einbußen zu rechnen haben. Die ermittelten Beschäftigungseffekte weichen allerdings aufgrund einer anderen Berechnungsmethodik voneinander ab. Insgesamt seien laut IWH-Studie etwa 102.900 (0,24 Prozent) **Beschäftigte** durch den Brexit in Deutschland betroffen. Auf den Fahrzeugbau entfallen etwa 15.000 Betroffene oder 0,9 Prozent der gesamten Beschäftigung im Fahrzeugbau und damit deutlich mehr als nach den Berechnungen auf Basis der Ifo-Studie. In Regionen, in denen der Fahrzeugbau stark vertreten ist, wie zum Beispiel um Wolfsburg (Volkswagen) oder Dingolfing-Landau (BMW) ist — wenig überraschend — das Beschäftigungsrisiko besonders hoch.

Auch im Dienstleistungsbereich ist mit spürbaren Veränderungen zu rechnen. Hier gibt es Gewinner und Verlierer. So deuten die Szenarien der ifo-Studie darauf hin, dass insbesondere der Bereich Computerprogrammierung und IT, aber auch die Finanzdienstleistungen in Deutschland Wertschöpfungsgewinne verbuchen könnten. Schon lange vor dem finalen Brexit-Votum kam es zu einer Stärkung der Standorte der Finanzdienstleister auf dem europäischen Festland, da die britische Finanzbranche befürchtete, nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs keine Geschäfte mehr mit dem europäischen Festland durchführen zu können. Eine Standortverlagerung ist in diesem Bereich ungleich einfacher zu organisieren und mit weniger Kosten verbunden als im verarbeitenden Gewerbe. Auch die Europäische Bankenaufsicht wird mit Blick auf den Brexit von London nach Paris verlagert. Relativ deutliche Nachteile werden die deutschen Dienstleister im Bereich des Grundstücks- und Wohnungswesens erfahren.

Insgesamt betrachtet unterstreichen die Studien die Erwartungen. Die konkreten Schätzungen zu den Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekten sollten nicht auf die Goldwaage gelegt werden, denn die Modelle zwingen aufgrund von großen Unsicherheiten zu Annahmen und bilden nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit ab. Der Trend ist jedoch klar erkennbar: Nicht nur dem Vereinigten Königreich drohen erhebliche Verluste, auch das europäische Festland ist betroffen. Die inzwischen über Jahrzehnte gewachsenen Handels- und Wertschöpfungsverflechtungen lassen sich nicht von heute auf morgen ohne größere Verwerfungen zerschneiden. Bedauerlich und erschreckend zugleich ist, wie sorglos und gänzlich ohne Blick auf die empirische Evidenz hinsichtlich der Folgen sowie eines konkreten Plans, wie die Beziehungen mit der Europäischen Union nach dem Brexit geregelt werden sollten, das Vereinigte Königreich diesen Schritt vollziehen will. Für die erhoffte politische und juristische Unabhängigkeit von der Europäischen Union wird es einen hohen Preis bezahlen.

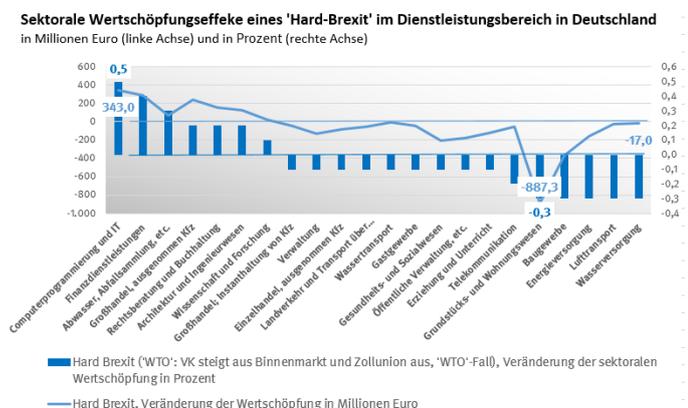
„In Sachen Brexit ist es wie vor Gericht und auf hoher See: Man ist in Gottes Hand.“

Jean-Claude Juncker
EU-Kommissionspräsident, 19. Februar 2019

5. Fazit und Ausblick

Der Brexit führt zu erheblichen Einbußen in der Wirtschaftsleistung und der Beschäftigung. Das gilt vor allem für das Vereinigte Königreich. Aber auch die restlichen EU-Mitgliedsländer sind vom Austritt betroffen. Insbesondere jene, die in einem engen Handels- und Wertschöpfungsverbund mit den Briten stehen, erleiden Wachstumseinbußen. Dazu gehört Deutschland. Besonders groß ist der wirtschaftliche Schaden im Falle eines Austritts ohne Abkommen, also eines harten Brexits. Genau diese Variante ist mit dem erneuten Scheitern des Austrittsvertrages im britischen Parlament noch einmal wahrscheinlicher geworden. Selbst eine zeitliche Verschiebung des Austrittstermins — egal ob mit oder ohne klare Perspektive, wie die Beziehung des Vereinigten Königreichs mit der Europäischen Union in Zukunft geregelt sein wird — verursacht zusätzlichen Schaden, da viele Unternehmen sich schon auf den 29. März vorbereitet haben, um das absehbare Chaos durch die dann notwendigen Grenzkontrollen zur Abwicklung der Zollformalitäten abzumildern. Ein Hinausschieben des Termins verlängert zudem die Phase der **Unsicherheit, verzögert notwendige Investitionsentscheidungen und belastet die Wirtschaftsdynamik.**

Weil mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs ein großes und wirtschaftsstarkes Land die EU verlässt, führt das auch zu einer **Schwächung der EU im internationalen Machtgefüge.**





Das gilt in umgekehrter Weise in **noch viel stärkerem Maße: Großbritannien** ist auf der internationalen Bühne nur noch ein relativ kleiner und unbedeutender Staat. Das schränkt seine Verhandlungsmacht bei internationalen Abkommen deutlich ein.

Die Debatten um den Brexit waren geprägt von der Frage der nationalen Souveränität. Die Rückkehr zu ehemaliger Größe war für viele ein Motiv zum Votum für den Brexit. Man wollte sich von der Fremdbestimmung durch die Brüsseler Bürokratie befreien. Doch diese **wiedergewonnene Souveränität ist eine Illusion**. Den Zwängen einer globalisierten Welt hat ein einzelner Nationalstaat nur wenig entgegen zu setzen. Demokratische Nationalstaaten befinden sich in einer ‚goldenen Zwangsjacke‘. **Nationale Selbstbestimmung, also freies, selbstbestimmtes Handeln dieser Staaten ist in einer Welt offener und nur wenig regulierter Finanz- und Gütermärkte kaum noch möglich**. Insoweit ist Dani Rodrik (2014) zuzustimmen, der es für unrealistisch hält, Demokratie, nationale Selbstbestimmung und grenzenlose Globalisierung gleichzeitig zu verwirklichen.

Die britischen Freiheitsgrade verringern sich durch den Austritt in mehrfacher Weise. **Die Schwächung der Verhandlungsposition führt bei internationalen Abkommen zu schlechteren Konditionen. Ein Beispiel dafür sind Handelsverträge**. Der Außenhandel liegt im Kompetenzbereich der EU. Alle dementsprechenden Verträge sind mit der EU abgeschlossen worden, nicht mit den Nationalstaaten. Mit dem Austritt verlieren alle 40 Freihandelsverträge der EU für das Vereinigte Königreich seine Gültigkeit. Die britische Regierung wollte diese Verträge für den eigenen Staat übernehmen. Nur sechs kleinere Länder haben sich darauf eingelassen. Alle anderen wollen die Verträge — mit für sich selbst günstigeren Konditionen — neu aushandeln. Die britische Regierung hat immer damit argumentiert, der Brexit verschaffe für das Vereinigte Königreich mehr Möglichkeiten bei der Vereinbarung von Freihandelsabkommen. Mit einem harten Brexit stehen sie Anfang April fast ohne Vereinbarungen da, die Verhandlungsprozesse können sich über viele Jahre hinziehen.

Noch stärker trifft es den britischen Finanzsektor. Großbritannien hat seit Jahren ein großes Leistungsbilanzdefizit. In den vergangenen Jahren war es kein Problem, dieses Defizit zu finanzieren. Das Vereinigte Königreich galt für Investoren als ‚sicherer Hafen‘. In britische Staatsanleihen und Industrieanleihen wurde gerne investiert, was sich mit dem Brexit verändern dürfte, da der barrierefreie Zutritt zum EU-Binnenmarkt ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung über Finanzinvestments insbesondere bei Beteiligungen und Krediten an private Unternehmen ist. Die Briten hatten bislang eine ähnlich hohe Kreditwürdigkeit wie die USA. Dabei half auch ihr Geschäftsmodell, das den Finanzsektor stärkte, welcher konzentriert in der ‚City of London‘ seinen Standort hat und gut mit dem Zugang zum europäischen Binnenmarkt verdiente. Die Erträge aus diesen Finanzdienstleistungen, wie etwa die Beratung und Begleitung von Investoren aus der ganzen Welt bei Beteiligungen an Unternehmen mit Sitz auf dem europäischen Festland

sowie die finanzielle Abwicklung der Deals, waren enorm und trugen erheblich dazu bei, dass das Defizit der Handelsbilanz nicht im vollen Umfang die Leistungsbilanz des Vereinigten Königreichs belastete.

Mit dem Austritt aus der EU verlieren die britischen Finanzdienstleister ihren Zugang zum Binnenmarkt. Das relativ kleine Vereinigte Königreich wird weniger attraktive Anlagemöglichkeiten für die internationalen Investoren bieten können. Damit würde eine wichtige Grundlage für das britische Geschäftsmodell entfallen. Was das für Rückwirkungen auf die Finanzmärkte haben wird, ist kaum abzuschätzen. Aber schon vor dem Austrittstermin orientiert sich die Finanzbranche um. Nach Presseberichten (manager magazin online vom 11.03.2019) haben bereits 275 Finanzdienstleister über 5000 Beschäftigte und 1,2 Billionen Euro aus der City of London abgezogen. Profitiert haben davon die Standorte Dublin, Luxemburg, Paris, Frankfurt und Amsterdam.

Untersuchungen über das Ergebnis des Referendums zeigen sehr deutlich: für viele waren die sozialen Probleme und die gesellschaftliche Spaltung der Auslöser für das Brexit-Votum. Die sozialen Probleme wurden von den britischen Populisten der EU und der Migration aus der EU (vor allem aus Osteuropa) angelastet. Doch die Probleme sind hausgemacht und lassen sich vor allem auf die Ära von Margaret Thatcher zurückführen. Die De-Regulierung der Märkte, die Privatisierung wesentlicher Bestandteile der öffentlichen Daseinsvorsorge, die Schwächung des gewerkschaftlichen Einflusses, ein jahrzehntelanger Raubbau an den sozialen Sicherungssystemen, eine bewusst betriebene De-Industrialisierung und eine Steuerpolitik, die vor allem die Vermögenden und die Bezieher großer Einkommen begünstigte, haben zur Entsolidarisierung und Spaltung der Gesellschaft geführt. Im Rahmen der EU war es das Vereinigte Königreich, das wiederholt eine soziale Flankierung der wettbewerbs- und marktgetriebenen Ökonomie verhindert hat.

„Ich erlebe die Bedrohung des Brexits bei Airbus hautnah: Über Jahrzehnte gewachsene Wertschöpfungsketten zwischen dem Vereinigten Königreich und dem europäischen Festland werden gefährdet und damit auch tausende von Arbeitsplätzen in ganz Europa. Der Brexit spaltet und führt in die Irre. Nur mit einem solidarisch vereinten, sozialen und starken Europa können wir die geopolitischen Herausforderungen bestehen.“

Jürgen Kerner, IG Metall

Hauptkassierer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Mitglied des Airbus Aufsichtsrats

Die Überwindung dieses Zustandes gelingt nur in einer gemeinsamen Hinwendung der Europäischen Union zu einer reformierten Arbeits-, Sozial-, Fiskal- und Industriepolitik, die ei-



ne solidarische Teilhabe aller am Wohlstandsgewinn zum Ziel hat. Der Austritt aus der EU führt nicht zu einem sozialen Ausgleich im Vereinigten Königreich. Im Gegenteil: Die britische Regierung hat bereits angekündigt, den Steuersenkungswettbewerb anzunehmen, um negative wirtschaftliche Wirkungen des Brexit zu kompensieren. Die Finanzierung einer Politik des sozialen Ausgleichs wird dadurch aber zusätzlich erschwert, die sozialen Spannungen verschärft und die gesellschaftliche Spaltung vertieft.

Literatur

Aichele, R.; Felbermayr, G. (2015): Costs and Benefits of a United Kingdom Exit from the European Union, Guetersloh; Bertelsmann Stiftung

Atkinson, A. B. (2016): Ungleichheit — Was wir dagegen tun können, Stuttgart

Bank of England (2018): EU withdrawal scenarios and monetary and financial stability, November 2018

Becker, S.; Fetzer, T.; Novy, D. (2017): Was sind die tiefliegenden Faktoren hinter dem Brexit-Referendum? in: ifo-Schnelldienst 12 / 2017

Becker, S.; Fetzer, T.; Novy, D. (2018): Brexit, in: Wirtschaftsdienst Sonderheft

Booth, S.; Howarth, C.; Persson, M.; Ruparel, R.; Swidlicki, P. (2015): What if...? The Consequences, Challenges and Opportunities Facing Britain Outside EU, Open Europe Report 3

Born, B.; Müller, G.; Schularick, M.; Sedláček, P. (2018): The Costs of Economic Nationalism: Evidence from the Brexit Experiment, Cesifo-Working Papers

Brautzsch, H.-U.; Holtemöller, O. (2019): Potential International Employment Effects of a Hard Brexit, IWH Discussion Papers, No. 4, February 2019

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (2019): Online-Check, Januar 2019

Dhingra, S.; Hunag, H.; Ottaviano, G.; Pessoa, J. P.; Sampson, T.; von Reenen, J. (2017): The Costs and Benefits of Leaving the EU: Trade Effects, CEP Discussion Paper Nr. 1478, April 2017

Euractiv Mediennetzwerk (2019): Britenrabatt, in: euractiv.de/section/finanzen-und-wirtschaft/news, vom 07.02.2019

Europäische Kommission (2018): Brexit-Verhandlungen: Austrittsabkommen: Worum geht es? Factsheet vom 14. November 2018

Felbermayr, G.; Gröschl, J.; Heiland, I.; Braml, M.; Steiniger, M. (2017): Ökonomische Effekte eines Brexit auf die deutsche und eu-

ropäische Wirtschaft, Studie des Ifo Instituts im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), Juni 2017

Gemeinschaftsdiagnose (2018): Aufschwung verliert an Fahrt — Weltwirtschaftliches Klima wird rauer, Herbst 2018

HM Government (2018): EU Exit, Long-term economic analysis, November 2018

HM Treasury (2016): The Long-term Economic Impact of EU Membership and the Alternatives, Parliament by the Chancellor of the Exchequer by command of Her Majesty, April 2016

International Monetary Fund (IMF) (2018 a): Euro Area Policies, IMF Country Report No 18/224, July 2018

International Monetary Fund (IMF) (2018 b): United Kingdom, IMF Country Report No. 18/317

International Monetary Fund (IMF) (2018 c): United Kingdom, 2018 Article IV Consultation — Press release; Staff Report; Staff Statement; and Statement by the Executive Director for the United Kingdom, November 2018

Lehmkuhl, U. (2016): Großbritannien in den Europäischen Gemeinschaften, in: by-nc-nd/3.0/de, aufgerufen am 10.01.2019

OECD (2016): The Economic Consequences of Brexit; A Taming Decision, OECD Economic Policy Paper Nr. 16, April 2016

Rat der Europäischen Union (2018): Politische Erklärung des Rahmens für die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich, Vermerkt XT 21095/18 vom 22.11.2018

Rodrik, D. (2014): The Globalization Paradox — Why Global Markets, States and Democracy can't coexist, Oxford University Press

Rojas-Romagos, H. (2016): Trade Effects of Brexit for the Netherlands, CPB Background Document, Juni 2016

Vandenbussche, H.; Connell, W.; Simons, W. (2017): Global Value Chains, Trade Shocks and Jobs: An Application to Brexit, Center for Economic Studies Discussion Paper Series 17.13, September 2017



Impressum

Wirtschaftspolitische Information

Ausgabe Nr. 1 | März 2019

Herausgeber:

Jürgen Kerner

Hauptkassierer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied
IG Metall Vorstand

D-60519 Frankfurt am Main

Autoren:

Wilfried Kurtzke und Beate Scheidt

Grafiken:

Wilfried Kurtzke, Sandra Naumann, Beate Scheidt

Bezugsmöglichkeiten

IG Metall Vorstand

VB 03 Hauptkassierer

Ressort Koordination Branchenpolitik

Sarah Schäfer

D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49(69) 6693 -2668

Fax: + (69) 6693 80 2091

Web: www.igmetall.de/download

Interesse an weiteren ökonomischen Publikationen?

Bitte Email an: sarah.schaefer@igmetall.de